

**Bezugspreis**  
 Für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei  
 gleichzeitiger Bestellung 2.75 M., durch  
 die Post 3 M., einmonatlich 1 M.,  
 einmonatlich 1 M., ohne Beleggeld.  
 Bestellungen werden von allen Reichs-  
 postanstalten angenommen.  
 Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.  
 Für die Redaktion verantwortlich  
 Dr. Gwald Schulte in Halle.  
 [Fernsprechverbindung Nr. 176.]

# Saale-Zeitung.

**Anzeigen**  
 werden die Spaltenzeile oder deren  
 Raum mit 20 Wg., solche aus Halle mit  
 15 Wg. berechnet und in der Expedition,  
 von unten Annoncistenstellen und alle  
 Annoncen-Expeditoren angenommen.  
 Bestellen die Seite 60 Wg.  
 Entgeltlich wöchentlich zweimal;  
 Sonntags und Feiertagen einmal,  
 sonst zweimal täglich.  
 [Der Abdruck unserer Original-Artikel  
 ist nicht gestattet.]

**Nr. 462. Halle a. d. Saale, Montag den 3. Oktober 1898.**

**Bestellungen**  
 auf die Saale-Zeitung für das laufende Viertel-  
 jahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von  
 der unterzeichneten Expedition und den bekannten Aus-  
 gabestellen, unangesehen angenommen. Die Expedition.

**Wahlkampf mit zwei Fronten?**  
 Im Jahre 1861 kamen die ostelbischen Junker mit einer  
 Menge orthodoxer Pastoren und einigen anerkannten Juristen  
 und Autorsitäten in Berlin zusammen, um den von Schulze-  
 Delitzsch und Rudolf v. Bennigsen begründeten Deutschen  
 Nationalverein durch die Gründung eines Preussischen Volks-  
 vereins zu bekämpfen. Sie wählten dort gegen Kronenraub  
 und Nationalitätsverleumdung und gegen die „Einigung des  
 deutschen Vaterlandes durch Blut und Brand“ und gegen den  
 „Schmutz der deutschen Heimath“ und was alles sie sonst in  
 wichtiger Maßlosigkeit verurtheilten, ihren Gegnern nach-  
 sagten. Da jedoch Herr v. Bennigsen-Schönhausen am  
 13. September 1861 an einen seiner Freunde, indem er allerlei  
 Ausstellungen an diesem Programm, das ursprünglich das  
 Programm der konservativen Partei war, machte: „Der  
 Schmutz der deutschen Republik bezieht sich auf die Partei zu ver-  
 sprechen, und die sie jetzt praktisch zur Probe kommenden  
 Gegner sind auch christlich bemüht, ihn nicht zu wollen, nämlich  
 den Schmutz nicht. Eine so weit über das Bedürfnis des  
 Moments hinausgreifende Redeform sagt entweder gar nichts  
 oder verhält, was man nicht sagen will.“ Wer erinnert sich  
 nicht dieses Ausspruchs, wenn er die jüdischen Ausschüsse gegen  
 die freisinnigen Parteien in dem Wahlkampf liest, den die  
 konservative Partei jedoch erlassen hat. Da werden die Frei-  
 sinnigen und die Sozialdemokraten vollständig gleichgestellt, und  
 in der Erklärung, die der Wahlkampf in der „Konservativen  
 Korz.“ gefunden hat, wird überdies den freisinnigen nachgesagt,  
 daß sie nur sozialdemokratische Dienstleistungen seien, und daß  
 kein patriotischer und feinstreuer Mann mit dieser Partei,  
 nämlich der freisinnigen, irgendwelche Gemeinschaft pflegen  
 kann.

Mit Verstand! Eine so weit über das Bedürfnis des  
 Moments hinausgreifende Redeform sagt entweder gar nichts  
 oder verhält, was man nicht sagen will. Die konservativen  
 Schumpferer haben selbst bei der freisinnigen Partei „Post“  
 Aufstoß erregt, um so mehr, als weder freisinnig noch  
 konservativ selbst in dem gegenwärtigen Wahlkampf Aufstoß  
 nehmen, sich in eine Gemeinschaft mit der freisinnigen Partei  
 einzulassen, beispielsweise wo es gilt, politische Kandidaturen  
 zu bekämpfen. Also muß doch wohl die Befragung, kein  
 patriotischer und feinstreuer Mann könne sich in eine solche  
 Gemeinschaft begeben, abgeschwächt und übertrieben sein, da  
 sonst auch freisinnigen und konservativen Männern das  
 Zeugnis des Patriotismus und der Feinstreue verweigert würde.  
 Aber was verhält die gereizte Phrase? Nichts als den Zorn  
 über die Unruhe über Niederlagen, die der Rechten in dem  
 gegenwärtigen Wahlkampf bereitet werden könnten, wenn sie  
 keine Wundengeöffnungen bei anderen Parteien findet. In Wahr-  
 heit nämlich es um die Konservativen, wiewohl sie sich überall  
 der sinnlichen Unternehmung erzeuhen, sehr schämen, wenn irgend  
 das Centrum wie die Nationalliberalen es durchweg er-  
 weisen mit der Verhinderung einer konservativen Mehrheit  
 und der Schwächung der Rechten. Jeder jedoch ist diese Ein-  
 mütigkeit keineswegs vorhanden. Besonders die national-  
 liberale Partei scheint mehr und mehr in einen Wahlkampf  
 mit zwei Fronten einzutreten. Ein solcher Kampf aber ist  
 ebenso wie in Böhmen gefährlich und bedenklich.

Die obenberührten Betrachtungen der „Korz.“, als  
 wäre es dem demokratischen Flügel der Centrumpartei möglich,  
 eine Mehrheit zu schaffen, die aus dem Centrum und der  
 Linken gebildet würde, so daß allerwegs katholisch Trunp wäre,  
 ist bereits in der „Natib. Korz.“ und in anderen Blättern  
 satzung besprochen und verspottet worden. Auch in diesen Blättern  
 findet sich die Ansicht, daß die Angst zum Ausdruck, die in der  
 konservativen Parteielision für den Fall herrscht, daß die  
 Nationalliberalen und die Liberalen sich an dem Kampf gegen  
 die Rechte beteiligen könnten. In einer Reihe von Wahlkreisen  
 haben die konservativen Verbindungen die gefährliche Antwort  
 gefunden, die einzige Antwort, die sich aus dem Wahlkampf  
 der nationalliberalen Partei folgerichtig ergibt. „Nichtläufigen  
 Bestrebungen ist Ehr und Thor geöffnet.“ So heißt es  
 in diesem Aufsatz. Diese Gefahr besteht schon gegenwärtig. Was  
 also folgt daraus? Daß man diese Gefahr bekämpfen muß.  
 Also muß man die konservativen Partei bekämpfen. Ein solcher  
 Beschluß ist in Königsberg, in Gumburg, in Breslau und an  
 anderen Orten gefaßt worden. In Berlin sagte das schwarze  
 Kartell die Stimmen der Nationalliberalen für die Annäherung  
 Prebel und Ulrich zu gewinnen. Dieser Antrag auf Abschluß  
 eines Wahlbündnisses ist jedoch von dem Parteivorstand der  
 Nationalliberalen auf Donnerstag einstimmig abgelehnt worden.  
 Die Nationalliberalen traten hier Mann für Mann für die  
 freisinnigen Kandidaturen ein.

Mit lebhaftem Bedauern haben wir die Ausführungen des  
 „Dain. Courrier“ gelesen, der zwar Tag für Tag Schlachten  
 gegen die Konservativen schlägt, aber jetzt seine geübte  
 Strategie in dem Satz zusammenfaßt, daß die Nationalliberalen  
 je nachdem sie die erhobene Aussicht auf die Befragung des  
 Mandats hätten, hier mit den Freisinnigen, dort mit den  
 Konservativen sich verbinden müßten. Das ist in der That  
 der Wahlkampf mit zwei Fronten. Hier kämpft man mit aller  
 Kraft gegen die Rechte und dort verbindet man sich mit der  
 Rechten, um mit aller Kraft gegen die Linke zu kämpfen. Wie

solte da nicht unter den Parteigenossen die heftige Verwirrung  
 entstehen? Eine Taktik ist falsch. Das läßt sich sehr leicht  
 erweisen. Wenn nämlich die nationalliberale Partei an nichts  
 denkt als an die Befragung oder Mehrung ihrer Mandate,  
 so kann sie unter Umständen nach dem 27. Oktober ausruhen:  
 „O weh, wir haben gesiegt!“ Denn dieser Sieg kann nicht  
 ein Verzicht, sondern eine ganz offene und verächtliche  
 Niederlage für die nationalliberale Partei sein, selbst wenn sie  
 in größerer Stärke als bisher in das Abgeordnetenhaus ein-  
 zieht. Denn der Einzug einer Partei in Parlament und in  
 öffentlichen Leben hängt nicht lediglich von ihrer eigenen Stärke  
 ab, sondern auch von der Gruppierung der anderen Parteien.  
 Ist die nationalliberale Partei menschenbisch zur Mehrheits-  
 bildung, so fällt ein halbes Duzend ihrer Stimmen wenig ins  
 Gewicht. Ohne nationalliberale Partei kann dann auf die  
 Dauer nicht regiert werden. Ganz anders aber, wenn diese  
 Partei zwar eben so stark ist wie bisher oder noch stärker, aber  
 auf der anderen Seite die verstärkte konservative Partei schon  
 mit den Freisinnigen eine Mehrheit und zugleich eine  
 zweite Mehrheit mit dem Centrum bilden kann. Dann ist die  
 nationalliberale Partei, wie groß sie auch sei, einfach außer  
 Kurs gesetzt. Sie hat hier keine Stellung, gar keinen Einfluß  
 mehr und das dunkt sie dann ihrer Taktik des Wahlkampfes  
 mit zwei Fronten, wobei sie sich ihrer eigenen Interessen bedauert  
 hat. Denn im parlamentarischen Leben sind heute die frei-  
 sinnigen Gruppen hauptsächlich Neberer und Minderbedeutung der  
 nationalliberalen Partei.

In Königsberg hat man diese Bedeutung des Wahlkampfes  
 vollkommen richtig erkannt. In einer Anzahl anderer Wahl-  
 kreise ebenfalls. In Schlesien zeigt sich leider vielfach die  
 entgegengesetzte Tendenz. Die Nationalliberalen patieren dort  
 vielfach mit den Konservativen, fordern also Zustände, von denen  
 der Wahlkampf der nationalliberalen Partei sagt: „Nicht-  
 läufigen Bestrebungen ist Ehr und Thor geöffnet.“ Und bei  
 uns in Halle-Saalkreis ziehen es die Nationalliberalen vor, ihr  
 eines Landtagsmandat lieber mit Hilfe der Konservativen und  
 Agrarier zu bekämpfen, als mit freisinniger Unterstützung in  
 den Verband einzugehen oder den anderen Landtagsmitgliedern  
 Freisinnigen statt wie bisher mit einem Freisinnigen Ver-  
 bänden. Selbst ein Mann von der freisinnigen Ver-  
 bänden Prof. Hans Delbrück erklärt, daß man heute  
 überall mit den Freisinnigen zusammengehen müsse, nicht mit  
 den Konservativen, weil man heute nicht die Revolution, sondern  
 die Reaktion zu bekämpfen habe. Und ein freisinniger  
 Blatt wie die „Post“ hat in Berlin sehr nachdrücklich die frei-  
 sinnigen Kandidaturbewerber empfohlen. Es muß daher dringend  
 möglich sein, daß die Nationalliberalen von immer  
 mehr und mehr die Freisinnigen Parteiengenen folgen  
 und ebenfalls hierauf einmütig Kandidaturen der konservativen  
 konservativen Partei bekämpfen. Sollten sie doch irgend  
 als Vaterlandsväter und sozialdemokratische Dienstleistungen  
 bezeichnet werden, so werden sie lächeln. Vielleicht erinnern sie  
 sich zugleich jenes Grundgesetzes, den die Engländer im politischen  
 Parteienleben beobachtet, indem sie sagen: „Man muß den  
 politischen Gegner, auch wenn man ihn angreift, so behandeln,  
 daß man noch an demselben Tage ohne Verlegenheit an den-  
 selben Tisch mit ihm essen kann.“

## Deutsches Reich.

**Hof- und Personalmachrichten.**  
 Berlin, 2. Okt. Der Kaiser empfing gestern im Jagdschloß  
 Monheim den Grafen des Fürstentums Saxe-Coburg und Gotha,  
 für heute waren der Staatssekretär des Reichsmarineamts,  
 Contradmiral Tirpitz, sowie den Grafen des Fürstentums  
 Contradmiral Frhr. v. Emden-Wörben, dortselbst befohlen.  
 Der König von Württemberg holte an den Kaiser  
 mittels eigenhändigen Schreibens eine Einladung zur Teilnahme  
 an der gestrigen Feier der Enthüllung des Kaiser Wilhelm-  
 Denkmals in Stuttgart, und dies Schreiben ist von dem Kaiser  
 ebenfalls in einem eigenhändigen Schreiben an den König seinen  
 Dank für die Einladung, sowie seiner Freude über die Enthüllung  
 des Denkmals in Stuttgart, und die dadurch auf neue befestigten  
 verlebten und salutareren Gesinnungen des württembergischen  
 Volkes und die bei diesen Anlässen sich wiederum fundgebende Liebe  
 und Anhänglichkeit des Königs an das deutsche Vaterland und ins-  
 besondere an den verewigten großen Kaiser Viktor zu bezeugen  
 und gleichzeitig sein lebhaftes Bedauern darüber ausgesprochen,  
 daß er zu dieser Zeit durch eine längst festgesetzte notwendige  
 und nicht aufzuhaltende Wegführung zu teile in Dipsreue  
 verhindert ist, sich zu der Feier in Stuttgart einzufinden.  
 Der Kaiser und die Kaiserin treffen am Montag abend  
 an einem mehrtägigen Aufenthalt in Danzig ein. Die Kaiserin  
 denkt den Aufenthalt dort, bis das Kaiserpaar zu beschließen,  
 während der Kaiser bei dem Reichspostamt in Königsberg  
 das Diner einnimmt. Die Abreise ist für 10 Uhr abends in  
 Aussicht genommen.

Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich sind gestern  
 um 11 Uhr aus Pöben in Potsdam eingetroffen und im  
 Stadtschloß abgetreten, wohin auch die Prinzen Adalbert und  
 Adolf gestern nachmittags von Schloss Lindbadt abgereist sind.  
 Der Reichstagsrat Frhr. v. Helldorf ist von Baden  
 Baden, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Staats-  
 minister v. Hilow, vom Sommer nach Berlin abgereist. —  
 Dort ist auch der deutsche Volskaiser in Paris Graf Manker  
 eingetroffen.

Der Ober-Stallmeister des Kaisers, Graf v. Wedel, sowie  
 der Leibarztmeister Frhr. v. Zingst und der dienstliche General  
 v. Schell sind mit Wagen und Bedienten nach Hannover ein-  
 getroffen.

**Das deutsch-englische Abkommen.**  
 Berlin, 2. Okt. Das deutsch-englische Abkommen ist  
 gegenwärtig Gegenstand lebhafter Erörterung, wenn auch der  
 genaue Inhalt des Abkommens bisher nicht bekannt geworden  
 ist. So viel steht aber fest, daß dies Abkommen eine

Schwächung der deutschen Politik gegenüber Transvaal be-  
 deutet. Die Mitteilungen englischer Blätter lassen darüber  
 keinen Zweifel; auch andere Vorgänge der letzten Zeit deuten  
 darauf hin, so die mehrerwähnte Neuierung des neuen Kolo-  
 nialvertrags v. Durha: „Was ist uns Transvaal!“ und die  
 Mitteilungen über die Aufnahme des Geanderten von Trans-  
 vaal. Dr. Koch hat es als eine Annäherung an England bei  
 dem Abkommen erklärt ist, geht aus einem erstlich offiziellen  
 Artikel der „Post“ hervor, daß es ein ernstlich offizielles  
 Amt gegen „Ausgriffe englischer Blätter“ beabsichtigt wird.  
 Gegenüber der Phantasie über den Inhalt der Verhandlungen  
 wird von der „Post“ festgestellt: Das Abkommen betrifft  
 lediglich die englischen und die deutschen Interessen in Afrika,  
 ohne in die Angelegenheiten Kleinasiens, Ägyptens, Chinas  
 oder irgend welcher anderer Landstriche einzugreifen, wo dritte  
 Mächte interessiert sind. Weiter wird bestätigt, daß Deutsch-  
 land der Ueberlassung der Delagoa-Bai an England zugestimmt  
 hat. Es wird hervorgehoben, daß die Delagoa-Bai portugie-  
 sisch sei und Portugal das Recht, sich dieses seines Eigen-  
 tums zu entsäuern, in keiner Weise bestritten werden könne.  
 Diese Hervorhebung ist in der That notwendig, weil ein Teil  
 unserer Kolonialpresse sich nahezu so gebärde, als ob Deutsch-  
 land darüber frei zu verfügen hätte. Das Deutsche Reich hand-  
 hier von vornherein dem Vertrag von 1891 gegenüber, in dem  
 sich England von Portugal das Verkaufsrecht auf die Bai  
 hatte reserviert. Wenn wir für die ausdrückliche An-  
 erkennung dieses Rechtes als Gegenleistung von England große  
 und gewichtige Vorteile erlangen können, so haben wir kein  
 „aufgehobenes Recht“, wie von vielen Seiten gesagt wird,  
 aufzugeben, sondern nur neue Rechte, die wir vorher nicht be-  
 saßen, hinzu erwerben. Nach diesen Andeutungen der „Post“ ist  
 anzunehmen, daß England sein durch frühere finanzielle Unter-  
 stützung Portugals erworbenes Verkaufrecht auf die Delagoa-Bai  
 nunmehr praktisch geltend machen will, daß Deutschland dem Ueber-  
 gang der Bai in die Sphäre Großbritanniens zustimmt, dafür  
 aber „große und wichtige“ Kompensationen sich anbedungen hat.  
 Diese Andeutungen über das deutsch-englische Abkommen werden  
 die Aufregung in unseren Kolonialkreisen noch verstärken.  
 Es gibt bei uns einflussreiche politische Kreise, die in jeder  
 Annäherung an England eine Art Verrat an den Lebens-  
 interessen des deutschen Reiches erblicken. Wir setzen nicht auf  
 diesem Standpunkt, glauben vielmehr, daß gute politische und  
 wirtschaftspolitische Beziehungen zu England für uns von  
 hohem Werte sind. Freilich will verlangt werden, daß bei  
 allem Entgegenkommen gegen England die deutschen Interessen  
 nicht zu kurz kommen. Der Sanitätvertrag, der seinerzeit ab-  
 geschlossen wurde, hat in dieser Richtung den berechtigten An-  
 forderungen nicht genügt. Ueber den Inhalt des deutsch-  
 englischen Abkommens wird sich ein sicheres Urteil erst ab-  
 geben lassen, wenn der Inhalt desselben genau bekannt ist. Zu  
 verlangen ist aber, daß dies Urteil nicht von vornherein durch  
 feindselige Stimmungungen und Vermutungen gegen England  
 getrübt wird. Auch spricht vielfach bei der Beurteilung der  
 Frage die Sympathie mit der Rhein-Vereinigung mit eine Sympa-  
 thie, die durch den frechen Entschluß Jamesons in Transvaal  
 bei uns in Deutschland in hohem Grade gekränkt ist. In  
 Versehen ist aber nicht, daß praktische Transvaal für die  
 deutschen Interessen wenig in Betracht kommt. Entschieden  
 man allein die sicherere und ruhige Erwägung, auf welcher  
 Seite Deutschlands Vorteil liegt, und darnach ist zu handeln.

**Freizeit und Schwärze.**  
 In der Verhandlung des hiesigen Schwurgerichts über die  
 dortigen Straßenkrawalle laut es auch zur Sprache, daß in  
 einem besondern Ministererlasse den Sicherheitsbehörden  
 aufgegeben sei, sofort, und zwar beim ersten Steinwurf, die  
 Schußwaffe zu gebrauchen. Der „Vorwärts“ dem schon so  
 manches Attentat „auf den Tisch gelassen“, ist heute in der  
 Lage, aus diesen vertraulichen Erläuss des Ministers des  
 Innern mitzuteilen. Derselbe ist unterm 22. Juni d. J. an  
 den Regierungspräsidenten zu Erfurt ergangen und lautet:  
 „Aus den Berichten über die kürzlich in dortiger Stadt statt-  
 gegebenen Straßenkrawalle ist zu ersehen, daß die Polizei-  
 beamten, nachdem sie unter den gegebenen Voraussetzungen  
 zum Einschreiten mit bewaffneter Hand genötigt waren, von  
 der Waffe nicht sofort Gebrauch gemacht haben. Wesentlich  
 darauf ist zu achten, daß es zukünftig nicht zu einem Ver-  
 suchen zu unterdrücken, daß es vielmehr zu weiteren Ausdehnungen  
 gekommen ist, welche bei energischem Einschreiten zu rechter  
 Zeit hätten verhindert werden können.“  
 Derselbe erbeten die Freizeiten und geeignet, die Autorität  
 des Staates und seiner Behörden zu gefährden. Unter  
 Umständen darf in solchen Fällen ein Zweifel darüber gefaßt  
 werden, daß die Polizeibehörden in der Lage und gewillt sind,  
 von Schüsse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit  
 durch den gefährlichen Nachmitteln mit voller Entschiedenheit  
 Gebrauch zu machen.“  
 Ich nehme daher Anlaß, in Erinnerung zu bringen, daß die  
 Polizeibeamten, sobald sie nach Maßgabe der bestehenden all-  
 gemeinen Bestimmungen (§ 28 der Dienstinstruktion für die  
 Gendarmen vom 30. Dezember 1820 — G.-S. 1821 S. 10  
 § 18 der Verordnung vom 28. März 1867 G.-S. 777 —  
 1872 S. 10) in der Lage sind, sich zu erkennen, keinen Erfolg  
 zu erwarten, § 69) und ihrer beherrschenden Dienstinstruktionen  
 genötigt sind, gegenüber einer auf öffentlichen Wegen, Straßen  
 oder Plätzen verammelten Menschenmenge mit bewaffneter  
 Hand einzuschreiten, von der Waffe sofort zu bedienen  
 Gebrauch zu machen haben, nachdem die verhältnismäße  
 Mittel der Aufforderung, sich zu entfernen, keinen Erfolg  
 gebracht hat (§ 116 des Strafgesetzbuchs).  
 Was insbesondere den Gebrauch der Schußwaffe bei  
 solchen Gelegenheiten betrifft, so hat anfänglich von im Jahre  
 1890 vorgelommenen Straßen-Krawallen der § 10 des  
 Strafgesetzbuchs zugegenen Ordre- und Instruktionsbuchs für  
 die Landgendarmerie vom 10. August 1886 hinterer Seite 1 der  
 Seite 14 folgenden Zusatz erhalten:

Wird von der Schiffschiff Gebrauch gemacht werden, so hat dieselbe nach in beiden Richtungen zu verfahren, und sind vor allem die sogenannten Schiffschiffe über die Höhe der Vollstreckung hinweg zu unterlassen.

Diese Anordnung, welche, wie ich annehme, durch die Gewerbetriebe zu ihrer Kenntnis gebracht sein wird, hat auch für die Vollstreckung an der Handlung zu dienen. In gleicher Weise haben die Gewerbetriebe, so auch die Vollstreckenden, falls sie bei Strafgeheimnissen und Vollstreckungsmaßnahmen mit besonderer Sorgfalt einzuschreiten geneigt sind, bei der Anwendung der Strafbestimmungen nicht mit Nachsehen, sondern mit strenger Klugheit einzuhaken. Im übrigen behält es bei der mit dem Strafgeheimnisse meines Bundes und Vollstreckungsmaßnahmen vom Chef der Landgewerbetriebe getroffenen Bestimmung, wonach, wenn eine größere Anzahl von Gewerbetriebe zu geschlossenen Abteilungen unter einem Vorgesetzten als Führer vereinigt werden, für den Vollstreckungsbereich werden dem § 28 des allgemeinen Verordnungsinfraction vom 30. Dezember 1890, und dem § 18 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Mai 1867, die auf dem Gebiete vom 20. März 1887 betreffende Justizordnung über den Vollstreckungsbereich des Militärs vom 4. Juli 1863 Nr. II, 2, 4 und 5 zur Nachwirkung zu dienen hat, kein Verändern.

Yndem ich mich bereits oben erwähnte, so ist die Vollstreckung im Reichsbund, die der Reichsbundliche Vollstreckungsbereich von E. S. Witter & Sohn, Berlin, schließlich zu haben ist, erlaube ich Sie, hiernach die nachgeordneten Vollstreckenden, soweit erforderlich, in geeigneter Weise verständigen zu lassen. gr. v. M. Mele.

Von dem „ersten Steinwurf“ ist in dem obigen Erlasse zwar nicht die Rede, derselbe ist aber auch oberwiesentlich, jedenfalls dürfte er wieder einen Anstoß zu erheblicher Umwälzung geben. Obgleich der ersterer Vorzug, die Anstöße zu diesem Ende gegeben haben, sind nicht gering, solche strengen Maßnahmen zu rechtfertigen. Dieser Erlasse, der überall Unzufriedenheit erregen wird, kann schließlich nur zur Förderung der Sozialdemokratie dienen — er erscheint somit mehr als verfehlt.

#### Der Schuß der Arbeitwilligen.

Ueber Nacht hat sich der in der oepanfarer Rede des Kaisers angelegentlichste Gegenstand, der den Schuß der Arbeitwilligen gegen Ausländische durch Zuschläge sichern sollte, in eine Novelle zum Strafgesetzbuch, b. 6. zu den Bestimmungen über den Schuß der persönlichen Freiheit zurückgeführt. Der Vorschlag gefällt der „Post“ ganz unangenehm.

„Gehört der Gehörten“ — schreibt sie — als Novelle zum Strafgesetzbuch, so hat doch die Unterstellung, als ob es sich um eine Verschärfung der Koalitionsstrafgesetze handelte, der Voben entgegen, und wenn der verlässliche Schuß der persönlichen Freiheit als Zweck und Inhalt des gesetzgeberischen Vorgehens sich darstellt, so wird eben so binlich die weitere Unterstellung widerlegt, als ob es sich um einen Eingriff in gefahrlos verlebte Freiheit handelte, und schließlich, daß im Wesentlichen die Verschärfung der persönlichen Freiheit einen neuen wirksamen Schuß gewährt wird.“

Das ist nur ein Spiel mit Worten. Der Zweck des Gesetzgebens, die Verbindung arbeitswilliger Arbeiter durch Ausländische schwerer zu bestrafen, bleibt derselbe, mag es sich um eine Abänderung des § 152 der Gewerbeordnung oder um den § 240 des Strafgesetzbuchs handeln. Der neueste Vorschlag ist, wie es scheint, lediglich die Ausdehnung der Verurteilung, in der sich die Sozialpolitik im Reichsbund des neuen befinden. Auf den jetzt vorgeschlagenen Wege hofft man offenbar einen besseren Erfolg zu bekommen, als ob eine Verschärfung des Koalitionsstrafgesetze Arbeiter erlaubt ist. Es ist bezeichnend, daß der „Vorwärts“ erklärt, sich allein an die Worte der oepanfarer Kaiserrede halten zu wollen, so lange der neue Gesetzentwurf nicht publiziert und zur allgemeinen Diskussion gestellt ist. Im übrigen wird auch wir der Ansicht, daß eine Publikation des Gesetzgebens hinsichtlich das erfolgen sollte, schon um der sozialdemokratischen Agitation gegen die „Achtstundenvorlage“ ein Ende zu machen.

#### Eisenbahnunfallkriterien.

Von den Eisenbahnunfällen wird schon seit längerer Zeit die Errichtung von Eisenbahnunfallkriterien angestrebt, von denen die vornehmenden Eisenbahnunfälle die etwaige Schuldfrage der dabei beteiligten Bahnbesitzer sachverständig geprüft werden soll, bevor die Sache an die Staatsanwaltschaft gelangt. Auch der „Verband deutscher und österreichischer Beamtenvereine“, der am 18. d. M. in Stuttgart tagte, ist der Frage nach getreten und hat beschlossen, dem Justizminister für die Einführung von Eisenbahnunfallkriterien einen vollständigen Gesetzentwurf zu unterbreiten. Er ist von dem Richter Dr. Böhm angebereitet, dem Verbands vorgelegt, von diesem einstimmig angenommen worden und enthält u. a. folgende Bestimmungen:

§ 1. Für jeden größeren Eisenbahnverwaltungsbereich wird ein Eisenbahnunfallkriterium gebildet. Die Abgrenzung der Bezirke steht dem Reichseisenbahnamt an § 2. Das Unfallkriterium hat in der ersten Instanz zu verfahren, durch den Betrieb veranlassen Anfall zu prüfen und ein begründetes Gutachten abzugeben darüber: a) Welches der Vorgang bei dem Unfall war, b) welche mangelhaften Einrichtungen bei dem Unfall des Unfalls hervorgerufen sind, und wie Besserung zu erzielen ist, c) durch welche Fahrlässigkeit der Unfall verursacht ist, und ob der Schuldige strafrechtlich oder disziplinarisch bestraft werden soll, d) ob der Schuldige noch seinen Lebensverhältnissen und nach Lage des Falles schwererstrafbar gemacht werden soll, e) welchen Verloren für ihre Tätigkeit bei Anwendung der Unfallgesetz eine Verlorenung gemindert werden soll, § 3. Das Unfallkriterium entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern. Den Vorsitz führt ein Richter. Die Mitglieder sind höherer Eisenbahnbeamten und zwei im Eisenbahnbetrieb unmittelbar tätige Beamte. Der Schuldige muß gehört werden. § 4. Die Weisung sollen, so weit es möglich ist, nicht der Bestimmung entsprechen, für die das Amt errichtet worden ist. § 5. Schriftliche Beschlüsse sind vorzulegen, mit größter Beiläufigkeit. § 6. Die Eisenbahnunfallkriterien sind als das Gericht an das Gutachten einzuwenden. Die Eisenbahnverwaltung darf nicht entgegen dem Gutachten ein Verbot einlegen oder einen Beamten einstellen oder eine angelegte Untersuchung fortsetzen. § 7. Die Kosten der einzelnen Untersuchungen trägt die Verwaltung, in deren Bezirk der Unfall vorgefallen ist.

#### Sozialwirtschaftsamt.

Nachdem die Agrarier schon seit Jahren mit heftigen Bemühungen bestritten sind, Brot und Fleisch zu verteuern, das jetzt ihr Augenmerk auf das wichtigste Lebensmittel des armen Mannes, auf die Kartoffel, geworfen, um auch diese in der Reich der Verteuereungspläne zu ziehen. Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“ rät jetzt den Landwirthen, nach dem Vorgehen einiger solmarer Mitglieder, den Preis für den Bissel Kartoffeln auf 36 M. zu stellen. Die diesjährigen Kartoffeln hätten einen größeren Stärkegehalt als die des Vorjahres, die Stärke stehe im Großhandel um

3 M. höher als im vorigen Herbst und doch wollten die Stärkefabriken nur 30 M. zahlen. Die Stärkefabriker aber seien gering, der Spiritusmarkt animiert, und ein Kartoffelexport stehe in Aussicht. „Hoffentlich“, schreibt die „Korrespondenz“, „wird das Vorgehen der Landwirthe des solmarer Kreises von dem erwünschten Erfolg begleitet sein und den ernannten Beweis dafür liefern, daß die Landwirtschaft bei einmütigen, geschlossenen Vorgehen auch heute noch die Macht besitzt, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.“

\* Für die Erörterungen über die gegenwärtige Fleischnot ist ein Urteil des Bayerischen Landwirtschaftsrates von Interesse. Dieser schreibt in seinem Jahresbericht:

„Die Frage, ob bei dem steigenden Bedarf der in fortwährendem Zunahme begriffenen Bevölkerung das Zustand des Fleischbedarf ohne Einführung von Ausländern zu decken ist, war für den Bayerischen Landwirtschaftsrath mehrmals Gegenstand eingehender Besprechung, insbesondere auch mit Rücksicht auf den notwendigen Schuß gegen die mit der Vieheinführung stets drohende Gefahr der Seuchenverbreitung. Zunächst wurden Sanktions-Anstalten an den Eingangs-Stationen erachtet. Ein Erfolg wurde hiernach nicht erzielt, und es wird in Anbetracht, daß eine Produktionssteigerung in ausländischer und ausländischer Viehzucht nur allmählich einführbar ist, sowie insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Vieheinrichtung bei größeren Betrieben eine Anhebung des Viehpreises bedingt, noch ein einziger Ausweg zu bedenken, um sicherzustellen die erforderlichen Nachversieher zu können, daß bei eventuellem Ausfall der Vieheinrichtung von Ausländern ein Abbruch an Schlachtvieh nicht zu befürchten ist und der Bedarf hauptsächlich vom Inlande gedeckt werden kann.“

Es wird dem Bayerischen Landwirtschaftsrath nicht leicht gefallen sein, diese Zugeländnis zu machen. Auch offiziell spricht man jetzt von der „Steigerung der Fleischpreise.“ Aber Maßregeln hiergegen werden nicht beschloffen!

#### Verwaltung und Rechtspflege.

\* Anlässlich der Verhandlungen der Berliner Stadtverordneten-Versammlung über die beantragte Baurechtsreform für die Umwandlung des Bau des Friedrichshagen im Friedrichshagen schreiben die „Post“:

„Für die Prüfung der Baurechtsreform sind auch nicht, wie angenommen zu werden schien, allein bautechnische Gesichtspunkte maßgebend. Nach dem geltenden Baurecht (Tit. 8, Th. I, A. U. M.) ist die Baurechtsreform vielmehr so berechtigt wie verpflichtet, auch weitergehenden Maßnahmen, die es sich um ein in der Bauordnung ein Bauverbotens Bedenken zu tragen, und von ihrer Prüfung die Entscheidung der Baurechtsreform abhängig zu machen.“

Sie damit gelangt kein, daß weitergehende Maßnahmen des Gemeinwohls? Ein anständiges Gericht eines Friedrichshagen entgegensteht? Das würde das Maß der Kleinlichkeit, mit der diese Angelegenheit seitens der Regierung behandelt worden ist, wohl machen. Will man denn wirklich um die Umwandlung des Bau einen Prozess vor den Obergerichtsbereiche führen?

\* In die städtische Schuldeputation von Berlin soll an Stelle von Singer Sanitätsrat Dr. Hartmann gewählt worden sein. Nach der „Berl. Post“ handelt es sich aber der Wahl Hartmann's um die Vernehmung der Schuldeputation um einen Richter-Deputierten, während bei der Wahl Singer's ein aus der Schuldeputierten-Versammlung hervorgehobenes Mitglied der Schuldeputation in Frage kommt. Eine Neuwahl „an Stelle von Singer“ hat noch nicht stattgefunden und konnte in Ermangelung einer hiezu gerichteten Vorlage und einer Mitteilung des Magistrats über die Nichtbefähigung noch nicht stattfinden.

\* Ein merkwürdiger Vorgang aus der spanischer Stadtverwaltung kam am Donnerstag in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache. Der sozialdemokratische Stadtvorordnete Duchs, ein Geschäftsmann, war von der Stadt als Deputierter, deren Mitglied er ist, als Delegierter der Stadt an dem deutlichen Goshannertag zu Nürnberg im verfloffenen Sommer anwesend worden. Der Magistrat billigte diesen Entschluß jedoch nicht und entsandte als Vertreter der Stadt einen unabhätigen Stadtvorordneten an Stelle des Stadtverordneten Duchs. Ueber diese Zurückweisung beschwerte sich Duchs in der letzten Sitzung der Stadtverordneten. Oberbürgermeister Koebe gab darauf die Gründe an, die den Magistrat zu seiner Haltung veranlaßt hätten. Er erklärte, der Magistrat habe den Stadtverordneten Duchs wegen seiner Stellung in der öffentlichen Verwaltung, wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nicht nach Nürnberg delegiert und meinte, daß die Verammlung in Nürnberg wohl gesagt haben würde, wenn der Vertreter der Stadt Spandau dort ähnliche Reden gehalten hätte wie in den heimlichen Stadtverordnetenversammlungen, die ihn, den Oberbürgermeister, jedesmal an den „Vorwärts“ erinnerten. Der Magistrat habe seinen Beschluß einstimmig gefaßt.

\* Bei der Anstaltsverwaltung des Regensburger Hofes ist mehrfach darüber Klage geführt worden, daß in einzelnen Abteilungen, speziell in Holzschub und Holzwerk, an Sonntagen Bier nur in großen Gläsern verkauft würde und Schenke nicht vordereicht werden. Der Bezirksausschuß erließ in diesem Vorgehen der Schenkverträge eine Ausnahme dieses Privilegs, die zu weit geht, eine Klage, der dazu aufzuredern, diesen Anstalts durch Erhebung einer neuen Schenkverträge in ihrer nächsten Nähe eine Konkurrenz zu schaffen. Gegenüber einem Gehaltsbesitzer in Wismar ist dies auch bereits geschehen. Aus der Verpflanzung, die Bierpreise für 1/2 und 3/4 Liter im Lokal anzuführen, geht auch die Verpflanzung für den betr. Weinanstalt hervor, welche 1/2 Literpreis zu führen. Weinbezug ist sehr Berechtigung, das nur in der Woche und nicht auch an Sonntagen zu thun, weil etwa das Lokal an Sonntagen so wie so voll besetzt ist.

\* Der sozialdemokratische Vertrauensmann in Preußen, Kopolitzer Dylow, wurde von der dortigen Strafkammer in Wien zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er in katholischen Flugblätter anregenden Inhalt verbreitet habe. Es wurde eines der Flugblätter in Wien eingezogen, der Verurteilung der deutschen Behörden, jedoch die Öffentlichkeitsgeschloffen, weil die Sozialdemokratie eine Verschärfung der öffentlichen Ordnung beschloffen. Dylow wurde sofort festgenommen. Bei der Arbeitsvermittlung führte der Vorgesetzte an, daß in seiner Angelegenheit sämtliche Einrichtungen erfüllt und das Verbot in Wismar erfüllt worden, daß es nur zu Gunsten der „besseren Parteien“ eintrete und die Arbeiter zu unterrichten bestraft ist. Derartige unangenehme Beschuldigungen müssen entlassen bestrahlt werden, um ähnlichen Fällen, wie dem in Genf polierten, vorzubeugen.

\* Am 4. Dezember wurde der Schwannm Walfab in Preußen wegen Freizeitschuld von 3 Monaten Gefängnis bestraft. Seine Reaktion wurde durch Freizeitschuld verworfen. Königliche Verurteilung des Walfabs mit einem Gefängnis, der König. Dieses hatte nun den Erfolg, daß die Strafe auf 20 M. herabgesetzt wurde.

\* Aus Saarbrücken berichtet man, daß ein Schacht der Grube Kleinfort mit 750 Arbeitern die Arbeit wegen Wassermangels einstellte. Sämtliche Stadelplätze der Grube seien überflutet.

\* Die Sozialdemokraten in Brandenburg (Mittelmarken) wollten anlässlich des 3. Landeskongress der Sozialdemokratischen Arbeiter in dessen Scheitern, den dortigen Kantons-

gebäude, eine Gedächtnisfeier anbringen, müssen jedoch vorerst bei der Eigentümerin des Gebäudes, der Kirchenverwaltung, um Genehmigung nachfragen. Diese stellte die Entscheidung einer höheren Instanz an, von welcher nimmermehr ein verneinender Bescheid zurückkam.

#### Soziale Angelegenheiten.

\* Nach einer amtlichen Zusammenstellung wird während des Jahres 1897 dem Nationalministerium an Schenkungen und freiwilligen Zuwendungen, die bereits die Allerhöchste Genehmigung erhalten haben, 9,8 Mill. Mark zugegangen, von denen 2,6 Millionen für evangelische, 2,3 Millionen für katholische Kirchen und Pfarrgemeinden, 1,3 Millionen für evangelische kirchliche Anstalten, Stiftungen, Gesellschaften und Vereine, und 0,9 Millionen für Wohltätiger und die zu denselben gehörenden Anstalten bestimmt waren.

\* Das anfrüherliche Angebot von Lotterielosern der in Preußen nicht zugelassenen Lotterien nimmt mit der Vernehmung der Klassenlotterien infolge Errichtung neuer Lotterien in den hiesigen Staaten, Böhmen und Ungarn einen immer größeren Umfang an. Die Legenten dieser Lotterien lassen kein Mittel unversucht, um das Publikum zum Verbotenen zu verleiten. In neuerer Zeit gehen sie sogar so weit, Schülern von höheren Unterrichtsanstalten Wappette und Originallosse verbotener Lotterien zuzugewenden. Auch die Kopie der verbotenen Losse wird in Berlin ganz offen getrieben. Bei derartigen Vergehen sind zugelassenen Lotterien, z. B. der Ungarischen, tritt zu der gesetzlichen Strafe des verbotenen Spiels noch der fünffache Betrag des hinterzogenen Stempels hinzu. Wenn man außerdem in Betracht zieht, daß die Spieler von Loosen der verbotenen Lotterien nicht einmal die Sicherheit auf die Anzahlung der Gewinne zu genießen, sondern es nur der Unsicherheit und Unkenntnis des Publikums aufzulegen, daß den Agenten doch noch in vielen Fällen der Ablos der verbotenen Losse gelingt.

#### Schule und Kirche.

\* Am Sonntage wurde in Dresden der 14. deutsche Kongress für erziehlische Knaben-Schularbeit bei anbrecherer Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands eröffnet. Eine größere Anzahl von Ministern, Regierungen und Schülern haben derer entlaubt. Ueber die Reueilung des „Deutschen Vereins für Knaben-Schularbeit“, die einflussreiche Aufnahme fand, berichtete der Vorsitzende v. Schendendorff, über die Methode des Schularbeits-Unterrichts Direktor Dr. Böhm, ferner Rektor Brückmann-Königsberg über die veranschaulichte Gestaltung des Unterrichts in Gymnasien und Schulen und Schularbeit ist über die städtischen Arbeitsschulen im Kreis Borken. Im Freitag Abend fand unter zahlreicher Beteiligung der dresdener Bürgerchaft ein Begrüßungsbend im Zoologischen Garten statt.

\* Zu dem Kapitel der von kirchlicher Seite so heftig bekämpften Mischehen bringt der württembergische „Staatsbote“, einen interessanten Beitrag aus der Feder eines hiesigen kirchlichen Führers. Er sagt: „Der Herr D. Hinemann hätte ganz das Wort der Schrift im Munde, nach dem er auch in ungewöhnlicher Weise und Liebe handelte: „Man soll den glühenden Docht nicht ganz auslöschen und das zerströhte Rohr nicht vollends abbrechen.“ Hinemann nannte aus gemischter Ehe seine Tochter zwei evangelische. Evangelische Verwandte fanden noch besser für die Heirat. Hinemann war ein tüchtiger Theologe, Professor auf der Fakultät von gemischten Eben, bei denen die Einheilt des Glaubens feste, zu werden kann, pflegte er beizufügen: nicht alle derartigen Eben participieren an solchen Lebensständen; er selbst stammte aus gemischter Ehe und diese ist ein Muster von Eintracht, Harmonie und Liebe gewesen.“

#### Wahlbewegung.

\* Im Steintin befohl der Reichsminister der freiwirtschaftlichen Volkspartei für die Weiterwahl des bisherigen Abgeordneten W. Broeml (frei. Vereinigung) einzutreten, nachdem der Antrag des Vorstandes, bei der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzulehnen und jedem Mitgliede der freiwirtschaftlichen Volkspartei die Wahl nach ihrem Ermessen zu überlassen, abgelehnt worden. Bei den Landtagswahlen werden also beide freiwirtschaftlichen Parteien aufzunehmen.

#### Sozialianalisten.

\* Englischen Meldungen zufolge soll in Damaraland ein Treffen zwischen der deutschen Schutztruppe und den Rebellen stattgefunden haben, das angeblich unentschieden geblieben ist; 11 Deutsche sollen gefallen sein. Die Deutschen erwarten Verstärkungen. Nähere Angaben fehlen zur Stunde noch. — Nach Prätorica berichtet man, nach dort eingegangenen Nachrichten aus Kapstadt planten die Eingeborenen von Deutsch-Damaraland einen Aufstand und ihr Häuptling Witbooi drohte mit Kriegserklärung. Von deutscher Seite liegen noch keine Mittheilungen hierzu vor.

\* Dem Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, wurden die Befugnisse eines Generalconsulats für den Kongofaast ertheilt. Die Kongoregierung hat ihn als Generalconsul anerkannt.

#### See- und Hote.

\* Wie man aus Belmar berichtet, erklärte der Generalstab die Aule Curtz-Kubolstadt offiziell für eine äußerst unaußenwertige strategische Baubaulinie.

\* „Gehensollern“ ist am 30. September in Belgien angekommen; „Alitte“ am 30. September in Bosnien, letzterer geht am 10. Oktober nach Vorodone in Ser.

#### Ausland.

##### Zur Affäre Dreyfus.

Nach dem pariser „Courrier de Soir“ geht in offiziellen diplomatischen Kreisen das bestimmte Gerücht um, Staatssekretär v. Bilow übererde an Anordnung des Kaisers an die französische Regierung die Erklärungen des Obersten Schwarzkoppen über seine in der Dreyfus-Affäre gezielte Rolle. Die Mitteilung sei äußerst höflich abgefaßt und könne der französischen Regierung zur Förderung der Wahrheit nur willkommen sein.

Am Sonntage Abend hielt in Paris der bekannte sozialistische Deputierte Jaurès in einer von etwa 6000 Personen besetzten Versammlung eine Rede über den Sozialismus und die Dreyfus-Angelegenheit. Er protestierte zunächst dagegen, daß man niemanden zu Piquart lasse. Die Sozialisten traten für Dreyfus ein, da sie überhaupt für die Unterdrückung eintreten. Die Unfähigkeit des Generalstabes sei erwiesen. Das geheime kriegsgerichtliche Verfahren widerpreche der Freiheit. Jaurès kündigte in seiner Rede an, die Sozialisten würden in der Deputiertenkammer die Aufhebung der Kriegsgerichte und Abschaffung der militärischen Schulstrafen beantragen, sowie die Erhöhung des Einkommens an die Arbeiter der Nation stehenden Soldaten. Die Versammlung nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher angefordert wird, das Proletariat müsse sich befreiben, die militärischen Institutionen Frankreichs mit den Grundrissen der republikanischen Demokratie in Einklang zu bringen, und müsse volle Klarheit über die Verbrechen des gegenwärtigen Militärs verlangen. Anfolge dieser

Veranlassung kam es in der Nacht zum Sonntag zu mehreren Kundgebungen vor den Reaktionen einiger pariserblätter. In Verlaufe derselben feuerte ein junger Mann einen Revolver ab, ohne jedoch jemand zu treffen; er wurde verhaftet und als ein Belgier Namens van Deime festgesetzt, der in Jetteles geboren und 19 Jahre alt ist. Außer dem Revolver trug van Deime ein frisch geschlossenes Stilet bei sich, ähnlich demjenigen, wie es Italien gebraucht. Der Verhaftete gab an, er habe geschossen, um den Revolver zu versichern; er sei Waiderschütze, aber gegenwärtig ohne Arbeit. Man glaubt, es ist ein Anarchist, zu ihm zu haben. Die Untersuchung ist eingeleitet. Außerdem wurden drei Studenten verhaftet, weil sie antisprecherische und die Polizei beleidigende Rufe ausgehen hatten.

Am Sonntag wollte der Parlamentarier Pressens eine Versammlung im Bagram-Saale abhalten, um für Dreihundert Partei zu nehmen. Auf Veranlassung der Polizei verweigerte jedoch der Besitzer des Saales dessen Vergabe. Dennoch kam es gestern zu Versammlungen beim Bagram-Saale. Man berichtet uns darüber: Zahlreiche Polizeibeamte hielten die Zugänge zu dem Bagram-Saale ab, in welchem die von Pressens einberufene Versammlung zu Gunsten der Revision des Dreihundert-Prozesses stattfinden sollte. Pressens, welcher den Saal zu betreten versuchte, wurde gegen 1 Uhr verhaftet und zur Polizei gebracht. Vor dem Saale hatte sich eine ziemlich zahlreiche Menge angeammelt, aus deren Mitte verzweigte Rufe: „Es lebe Zola! Es lebe die Revision!“ ertönten. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Direktor des Blattes „Annoire“, Baughan, sowie der Redakteur des „Temps“, Morhardt, welche festgenommen wurden, als sie den Saal betreten wollten. Zwischen den Polizeibeamten und einer Anzahl Personen, welche die Absperrung der Polizei zu durchbrechen versuchten, kam es zu einem Handgemenge. Mehrere Personen wurden auch hierbei verhaftet, darunter der Redakteur Paulin-Mery, Wiederholte Rufe: „Revision!“, „Nieder mit den Juden!“ wurden laut. In diesem Augenblicke erschien Dérondelle an der Spitze zahlreicher Freunde, welche, da sie das Gitter vor dem Bagram-Saale geschlossen sahen, unter Hochrufen auf die Arme nach der Place des termes zogen. Gegen 2 Uhr wurden die Teilnehmer an der Kundgebung und die Neugierigen, die sich eingedrängt hatten, von der Polizei zurückgedrängt. Ein weiteres Telegramm berichtet: Nachdem Dérondelle die festnahme Pressens, Baughan's und Morhardt's erfahren hatte, begab er sich auf das Polizeibureau und erludte um Freilassung der Verhafteten; Pressens' lebhafte inständen das Eingreifen Dérondelle's ab. Legierter wurde beim Verlassen des Polizeibureau von der Menge lebhaft begrüßt, wobei wiederum Hochrufe auf die Arme ausgebracht wurden. Pressens, Baughan, Morhardt und Paulin-Mery wurden um 3 Uhr nachmittags wieder aus der Haft entlassen. Vor dem Bagram-Saale waren noch zahlreiche Teilnehmer an der Kundgebung versammelt, die inoffiziell von der Polizei gestreut wurden. In der Avenue Bagram kam es zu einem unbedeutenden Zwischenfall, indem einige Personen beim Vorübergehen zweier Soldaten riefen: „Nieder mit der Arme!“ Die beiden Soldaten versetzten den Personen Faustschläge. Die Menge nahm Partei für die Soldaten; es entstand ein Handgemenge; drei Personen wurden festgenommen. Gegen 4 Uhr nachmittags verließ eine Anzahl Manifestanten, die von den Zugängen zu dem Bagram-Saale, welcher vollständig geräumt wurde, vertrieben worden waren, nach dem Opernplatz vor dem „Cercle militaire“ zu gelangen, wurde aber von der Polizei gestreut.

Der Generalprokurator des Kassationshofes Manau hat die Untersuchung des Dreihundert-Dossiers beendet und dasselbe am Sonnabend nachmittag dem Vorsitzenden der Kriminalkammer vorgelegt. Dieser wird ebenfalls eine Prüfung der Akten vornehmen und im Laufe der nächsten Woche den Rath bestimmen, der mit der Berichterstattung beauftragt werden wird. Die „Libre Parole“ meldet, der Generalprokurator Manau werde in seinem Gutachten erklären, eine Revision des Dreihundertprozesses sei unmöglich, andernfalls sehe es jedoch mit einer Annullierung desselben.

Die „Petite République“ veröffentlicht anonyme Briefe, welche die Mitteilung von einer Erkrankung des Obersten Biquart enthalten; derselbe sei in der Nacht vom Mittwoch von einem pöblichen Unwille befallen worden. Derselbe wird jedoch das Gerücht demittiert; Biquart habe erst am Sonnabend seinen Fremden schriftlich mitgeteilt, daß er sich vollständig wohl fühle.

Der französische Kreuzer „Dunobrien“ ist bei den Inseln von Salut (Inselgruppe, wozu die Inseln Salut, der Verbannungsort Dreihundert gehört) vor Anker gegangen.

### Die chinesische Frage.

In China herrscht Mord und Totschlag. Wie das „Neuerliche Bureau“ erfährt, erhielt das auswärtige Amt in London ein Telegramm des Gesandten in Peking, Sir Macdonald, welcher meldet: Ein Mitglied der Gesandtschaft, Mortimore, wurde, als er mit seiner Gemahlin nach Hanje zurückkehrte, von Chinesen angegriffen, beleidigt und mit Steinen geworfen. Im weiteren Verlaufe des Tages wurden amerikanische Missionare und der chinesische Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in ähnlicher Weise angegriffen, wobei der letztere einen Arznenbruch erlitt. In Peking herrscht eine gefährliche Stimmung. Der Gesandte meldet weiter, er habe wegen dieser Verhinderungen sehr energische Vorstellungen bei der chinesischen Regierung erhoben. — Mit „Verstellungen“ allem wird es freilich kaum abgehen sein. Nach einer weiteren Meldung hat am Sonnabend der Herr des Wundfestes in Peking betrunken. Viel mehrere Europäer mit Straphen dazumy beworfen. Die russische Gesandtschaft hat, wie dem genannten Bureau weiter gemeldet wird, eine Rosenabteilung aus Port Arthur und die englische Gesandtschaft 25 Marineinfanteristen aus Weihaiwei requiriert.

Nach einer Depesche des „Bureau Dolziet“ aus Shanghai melden Telegramme, die ein Zoolat (Regierungspräsident) einer chinesischen Zeitung zur Verfügung stellte, daß der Kaiser Selbstmord begangen habe, nachdem er das Dekret vom 22. September unterzeichnet hatte. Diese Meldung sollte man zu auf, daß der Kaiser auf Anstiften der Kaiserin-Witwe, Li-Jung-Tschang's und des Eunuchen Tsching ermorbt worden sei. Alle Einrichtungen von Personen, die als reformfreundlich verdächtigt waren, seien heimlich vorgenommen, und alle chinesischen Sekretäre des Jannens, die englisch sprechen, seien ergriffen und verhaftet worden. Die Anhänger der Kaiserin erhielten die wichtigsten Regierungsposten. Einer weiteren Meldung desselben Bureaus aus Shanghai zufolge wird der Tod des Kaisers durch drei verschiedene Berichte bestätigt. Alle drei weichen aber bezüglich der Todesursache von einander ab. Ein Bericht spricht von Vergiftung, der andere von Strangulierung und der dritte sagt, man habe dem Kaiser glühende Eisen in die Eingeweide gesteckt. Die englische Presse in Ostasien ist diesem Telegramm zufolge in hohem Grade aufgebracht und verlangt die Ablegung und Verbannung der Kaiserin und Li-Jung-Tschang's. Sie sagt sogar, daß allein das Protokollar Englands über China der jetzigen Lage ein Ende machen könne. Doch schließt man in London noch an sein energisches Vorgehen denkt; auch will man wissen, daß der Gesandte Sir Macdonald nichts thun könne, da die nötigen Befehle aus London, wo man den Ernst der Lage noch nicht begriffe, fehlen. Die „Ingenieurzeitung Evening News“ schreibt dazu: „England muß jetzt handeln. Wäre der Insult eine Danksagung gewesen, so würde es China mindestens 1000 bis 2000 Quadrmeilen Landes und zwei Reichthümer kosten.“ — Die australische Bewegung wagt auch im Norden. Die russische Regierung soll endlich um die Sicherheit des manchesterischen Hahnbauwerks befragt sein und in Peking freundliche Nachrichten zu energischeren Auftreten den Türken gegenüber gegeben haben.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Regierung richtete an die Staatskassieren einen Erlaß, worin den öffentlichen Organen aufgetragen wird, die Wünsche der Industrie in allen Fällen möglichst zu berücksichtigen, da es die vornehmste Aufgabe der Behörden sei, industrielle Unternehmungen und Arbeiten zu fördern. Für die erste Lesung der Ausgleichsprojekte, die heute im österreichischen Reichsrath beginnt, sind bereits 41 Redner, alle dagegen, vorgezählt.

Während das Wiener „Fremdenblatt“ entscheidet die auf der Wäre verbreiteten Gerüchte von einer Kabinetskrise für unbegründet erklärt, darf der Minister Dr. Wurmhuber's doch für ausgesprochen gelten; nachtheillich wird kein Nachfolger der Serbischen Baron Weisgerber.

### Frankreich.

Die Konferenz der Friedenskommission in Paris wurde am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr im Ministerium des Auswärtigen eröffnet. Die amerikanische und spanische Kommissionen waren anwesend. In der ersten Sitzung, welche bis 3 1/2 Uhr dauerte, wurde zuerst beschlossen, daß kein besonderer Vorsitzender gewählt werden sollte; die Mitglieder der Kommission sollten nicht vollständig selbstständig sein. Die Sekretäre der Kommission werden das definitive Programm für die Arbeiten festsetzen. Die Mitglieder der Kommission haben sich auf Ehrenwort verpflichtet, über die Verhandlungen strenges Stillschweigen zu beobachten. Die nächste Sitzung findet heute statt. Major Marchand, der bekannte Feind, ist zum Vorkommnisse der Marine-Inspektoren ernannt worden.

### Italien.

Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, hat die italienische Regierung an alle Staaten Europas eine Note gerichtet, in welcher sie dieselben zu einer Konferenz zur Berathung von Maßnahmen gegen die Anarchisten einladet. Der Ort, wo die Konferenz stattfinden soll, ist in der Note nicht bezeichnet, doch glaubt man, daß es Rom wird sein können.

Am Sonntag ist ein neuer Ableitungskanal des Trafiamentens Sees eröffnet worden. Mit diesem Kanal sind die Arbeiten für die Errichtung des Sees beendet und die Umgebung des Sees ist wieder für einen ungeheuren klimatischen Anstieg geeignet. Der Durchbruch geschah unter begünstigter Teilnahme der Bevölkerung.

### Spanien.

Die Bank von Spanien beschloß, der Regierung die von ihr verlangten 50 Millionen Petros zu beschaffen. In Vaceca wurde am Sonnabend auf einer Versammlung von Vertretern der Industrie beschlossen, von neuen die Aufhebung der Kreissteuer zu fordern und mit allen geschickten Mitteln sich der Zahlung dieser Zuschläge zu widersetzen. Ein Teilnehmer schlug vor, alle Läden und Fabriken zu schließen.

Eine amtliche Depesche von den Bisayasinseln besagt, die Tagalen seien von den Spaniern völlig geschlagen worden; ihr Verlust belaufe sich auf 13 Tode und 13 Gefangene.

### Australien.

Im Ministerium des Auswärtigen ist eine besondere Kommission eingesetzt worden, welche für den Jaren einen Bericht über die Antworten der Mächte auf den russischen Abwärtigungsantrag und das Programm für die Abwärtigungs-konferenz ausarbeiten hat.

### Türkei.

Die Vorkämpfer Englands, Frankreichs und Italiens haben die Zustimmung ihrer Regierungen zu dem Inhalte und der Ueberzeugung der Note an Paris bereits erhalten, während dem türkischen Vorkämpfer die Zustimmung seiner Regierung noch nicht angegangen ist. Die Note enthält einen Nachdruck auf die Ereignisse in Akret und besagt, die Einführung der notwendigen neuen Verwaltung in Akret lie ohne Zurückziehung der türkischen Truppen unmöglich. Die Mächte erklärten daher dem Sultan, diese zu denutzeln, jedoch falls die Abgabe seines Souveränitätsrechtes verweigert wird und sich für die Sicherheit der Interessen der Wohnbevölkerung auf Akret verbürgen. Sollte indeß der Sultan den Befehl zur Zurückziehung der Truppen nicht geben, so bleibe den Mächten nichts übrig, als entscheidende Maßnahmen zu ergreifen. In diesem Falle könne aber die Souveränität des Sultan nicht beeinträchtigt werden und müsse die Verwaltung Akrets in einen seiner überlegenden

Handlungen Rückkehr entsprechend Sinne durchgeführt werden. — Nach einer Meldung aus Ranea von Sonntag erklärte der Gouverneur auf die Aufforderung der Komrale, die Hoffen in Bezug auf die Errichtung der neuen Regierung unter die Bevölkerung vertheilt worden waren, zurückzunehmen, diese Hoffen seien bereits im Jahre 1897 wieder eingedringt worden. — Oberst Curatides hat die im letzten Jahre gebildete internationale Gendarmarie entlassen. — Dem „Neuerlichen Bureau“ wird aus Rom gemeldet, es sei noch kein Beschluß über einwige Aufhebung der türkischen Zölle von der Ranea einigemal zu ergreifenden Maßnahmen gefaßt worden. Zunächst habe man ein Verzeichnis solcher Maßnahmen aufgestellt, Italien und Frankreich hätten sich zu allem bereit erklärt. Schließlich sei man überein gekommen, die Zurückziehung der türkischen Truppen zu fordern, aber in England 500000 Soldaten, man solle in Bezugnahme auf die Türkei schreiten, habe Rußland Widerspruch dagegen erhoben. Der Weimarskongress dauert fort. — Die Mitglieder des Internationalen Militärgerichtshofes sind am Sonnabend abend von Ranea nach Konbia abgereist, um dieselben die freundschaftliche Untersuchung wegen der gegen Kretensche und fremdschiffliche Gendarmen begangenen Genossenschaften einzuleiten. Diejenigen Personen, denen dieselbigen Angelegenheiten Engländer zur Last fallen, verbleiben unter der Aufsicht des englischen Tribunals.

Die Kirche in Kumonda wurde am Sonnabend den Bulgaren übergeben. Aus diesem Anlaß haben in derselben ein Tausend Personen den Sultan abgelehnt; zahlreiche nachdenkliche Gemeinden geben ihrem Danke in dem die Sultan gestellten Telegrammen Ausdruck. — Den Serben wurde eine feste Kirche angewiesen; der serbische Gesandte in Konstantinopel, Konovalow, bereitet in der Kirchen-Angelegenheit einen Protest an die Türkei vor.

Zwei Dutzend orthodoxe (christliche) Missethäter sind ein Zusammenstoß zwischen einer angeblich von Koutaien gekommenen armenischen Bande mit türkischen Truppen statt, wobei die Armenier einen Verlust von 45 Tode und 3 Verwundeten hatten.

### Afrika.

Der Gouverneur von Abgani, Vitorb, der f. S. durch Verträge mit Stammlingen der Eingeborenen und durch die Verlegung von Landmarken am See-Fluß (Mekensuf des Vabre-Gebirges) der Expedition Markand's die Wege gebettet hat, wird am Sonnabend in Ranea eintrafen; zahlreiche Freunde die von der Abgani eine Rede in der er nach Beirungsbekannt hat Vitorb sich über das Unternehmen Markand's wie folgt äußert: „Die Expedition hat jetzt ein West gekostet, das elf Jahre hindurch betrieben worden ist. Ganz für kein Frankreich nicht ausgeschlossen werden von der Regelung einer Frage von Interesse der Unterseite in einem Gebiet, das Frankreich f. S. für die civilisierten Nationen erschlossen hat; und die französische Kongofolge wird nunmehr, nachdem ihre Interessen nach dem Osten hin, im Nilbecken, gewahrt sind, wie sie es sind nach Norden und Westen, nach dem Tschadsee und dem Kamerungebiet, alle ihre Möglichkeiten auf ihre wirtschaftliche Entwicklung verwenden können.“ In dieser Hinsicht, für der Vitorb, wird, werde ein Bericht der in West kommenden Missionen burdass zu Gunsten der Verhältnisse des unabhängigen Kongofolkes ausfallen. Die Vermählung über den civilisatorischen Erfolg Belgiens und die Freunde über die Wiederherstellung des Verlorenen durch das Mittelbeide auch Veranlassung, der Männer zuzukommen zu geben, die in Ranea Frankreich der Zivilisation ankert in den Gebieten der Verklärung, sich der Verklärung, erlangen wir ein unbedeutendes Anrecht auf eine Durchgangsstraße von ebenso deutlichem allgemeinen Interesse wie der Kongofolge, deren Neutralität und Befreiungswahrung durch Dazwischenhalten der Mächte geregelt wurden. Die obige Auslegung, welche die Mächte auf der Welt und der Vorkämpfer ankert in den Gebieten der Verklärung, sich der Verklärung, Erleichterung und der Gebung der Eingeborenen geehrt hat, führte zu einer Arie, welche die Grundzüge eines neuen Rechtes aufstellte. Frankreich, das sich damals vor dem neuen Stand der Dinge beugte, kann nunmehr an dieses neue Recht appelliren, das sich auf die Freiheit des Handels und die Unbedingtheit der Zivilisation auf den großen Reichthümern des afrikanischen Festlandes gründet, um einen freien Zugang durch das Mittelbeide zu verlangen, der zur Erfüllung der Aufgaben wichtig ist, die durch die Berliner Kongofolge Frankreich in den seinem Einfluß unterliegenden Gebieten übertragen wird.“ Vitorb erweiterte mit Dankesworten in seinem und seiner Begleiter Namen und ließ sich dem Markand und seinen letzten Begleitern gegenüber Lob an. Die Anwesenden begaben sich absondern nach Vorbeuren.

Wie das „Neuerliche Bureau“ aus einer pariser Spezialquelle erfährt, sind die französischen und die englische Regierung entschlossen, um seine Zeit zu verlieren, sofort in Paris Verhandlungen über die Sache obdrafra zu beginnen, ohne Markand's Bericht abzuwarten.

Vor vier Tagen verließ der Herr der Streitkräfte der Verwirliche unter Führung Almede-Jodis Gebard zu nehmen, wurde aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen. Aus Jakhoda ist keine neue Nachricht eingetroffen, doch wird Markand, wie bekannt, den Ort verlassen.

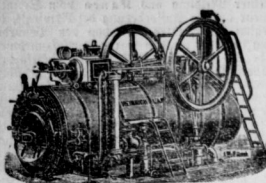
Der Herrliche Haupt in Bueropol erklärt, daß die Posttage gegenwärtig auf dem Log. Feststellen, am nächsten oder nächsten, d. h. portugiesischen Meer des Kongo, ein Fort erbauen. Es liegt fünf englische Meilen von der Hauptstadt des Kongofolkes, Womo, entfernt. Die Belagerer haben ein Fort in Ghinbi, der Womo, erbaut. Bis der Postkörper von Kongo abgeht, wurde an den neuen portugiesischen Festung gearbeitet. Es hatte schon einen Kommandanten. Zu einigen Monaten wird das Fort vollendet werden.

Die „Standard and Digest News“ aus Victoria (Kanada) melden, daß die von Präsidenten Freyer ermächtigt zu erklären, derselbe werde seinen Einfluß beim Gehen Folgendem dahin geltend machen, daß das G. W. B. gewinnungsbereich in der Weise geändert werde, daß für den Fall, wo beweiser der Betrieb in den Minen abschließend und aus weitergehenden Motiven eingestellt wird, Selbstkosten an Stelle der bisherigen Konstitution treten sollen.

### Mittel- und Südamerika.

Der italienische Minister des Auswärtigen und der argentinische Gesandte hatten in Baharavio gestern mit dem Präsidenten in dessen Wohnung eine Unterredung beizug Regelung der Atacama-Frage, wobei dieselbe einem Schiedsgericht nicht unterbreitet ist. Der Minister erklärte, daß die besten Mittel zum besten argentinischen Gebirgen aberechnet werden. Dieser letzte Feindes ist es, Gegenwärtige zu machen. Aus Guatamala wird amtlich gemeldet, daß die Nationalversammlung am 25. Sept. Don Manuel Estrada 1899-1903 proklamirt hat.

**Teppiche, Portièren**  
**Läuferstoffe.**  
**Tischdecken etc.**  
in größt-r Auswahl und zu  
**amerkannt billigsten Preisen**  
empfehl  
**J. G. Wein**  
Halle a. S.,  
Marktplatz 2 und 3.



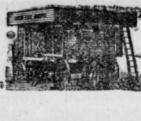
# HEINRICH LANZ, MANNHEIM

Die Fabrik am Bahnhof baut als einzige Spezialität:

**Lokomobilen** von 3—200 Pferdekraften  
für Industrie und Landwirtschaft.

In Anlage und Betriebskosten billiger wie stat. Anlagen mit eingemauerten Kesseln bei mindestens gleicher Leistungsfähigkeit, Dauerhaftigkeit und Betriebssicherheit.

Grösster Absatz in Deutschland. Zahlreiche Referenzen in ersten Industriekreise.



mit **FILIALEN** in BERLIN, BRESLAU, KOENIGSBERG i. Pr., REGENSBURG, KOELN.

Die Fabrik in Lindenhof-Vorstadt

baut als Spezialitäten:

**Dreschmaschinen**  
Landwirthsch. Maschinen.

Illustrirte Kataloge gratis u. franko.

**Kauft deutsche Tinten,**

**kauft Runge's Tinten!**

**Für Hausfrauen.**

Gegen alte Wollsaehen liefert sehr haltbare Seife der Interros- u. Wollstoffe, Damentuche, Strickwolle, Vorhänge, Teppiche, Schlaf- u. Beredschäden, Herrenkleider, feiner emp. meine Seifen und Baumwollwaaren zc. in den neuesten Mustern zu billigen Preisen.

R. Eichmann, Wallenstr. 21.  
Humboldtstr. 11. Musterlager b. Frau W. Klauß.  
Spiegelstr. 3. Dr. E. Cauerfurth, Landwehrstr. 21.

**Wäsche-Artikel Geschw. Jüdel,**

für Herren, Damen und Kinder, sowie **Leinen- und Baumwollwaaren**

empfehlen in großer Auswahl

101 Leipziger Str. 101.

**Mignon-Kakao!**

Kakaopulver der Schokoladenfabrik von Fr. David Söhne, deren Fabrikate bis vor kurzem die Kakao-Compagnie Theodor Reichardt fast ausschließlich versandte und dafür tausende von Anerkennungen erhielt, bieten wir in 1/2 und 1/4 Kilopackung und zwar zu folgenden billigen Preisen an:

Vierunzl.	Dreieunzl.	Zweieunzl.
im Einzelnen zu M. 2.— bei 5 Pfund „ „ 175.—	M. 1.80 „ 1.65	M. 1.60 für 1/2 Kg. „ 1.55 „ 1/2 „

**F. E. David, Johannes David, Chr. Franke,**  
Markt 17 (Hirsch-Apotheke). Geiststrasse 1. Wuchererstr. 35.

**Linde's Holzwaarenfabrik**

Befindet sich jetzt  
**Gr. Ulrichstr. 63, Otto Unbekannt.**  
Anerkaut dauerhafte Fabrikate, vom einfachsten bis vornehmsten.

**Zur Capitals-Anlage**

können wir **3 1/2 %**, **3 3/4 %** u. **4 %** bis 1908 unkündbare **Pfandbriefe** verschiedener **Hypothekenbanken** vom Lager jederzeit **kostenfrei** abgeben.

**Ernst Haassengier & Co., Bankgeschäft.**

**Akademische Lehr-Anstalt**

für feine Damen-Schneider- und Wäsche-Confection, Epitem der Berl. Akademie.

Stufe in Zuschneiden, Auszeichnen, praktischen Arbeiten, Maschinenübungen.

**Clara Bethge, Wollgänger 7, II.**

**Wilh. Heckert,**  
Gr. Ulrichstraße 62,

empfehlen in großer Auswahl: **Rein Nickel und Nickelplattirte Küchen- u. Tafelgeräthe,** als: Kaffee- und Theeservice, Kaffeebreiter, Servirbreiter, Kaffee-Maschinen, Weinheber, Messagen.

**Berndorfer Alpaca-Silberbestecke, Solinger Stahlwaaren** von J. A. Henckels: Tisch-, Dessert-, Franchirer- und Gabel-, Aufschnittgabeln, Antenn-Brecher, Brotmesser, Butter- u. Käse-messer, Spatenmesser, Zirkelmesser zc.

**Praktische Maschinen für den Haushalt:** Fleischhahnmächinen, Weibemächinen, Kartoffel- und Weichhahnmächinen, Brotobel u. Brotbackmähmaschinen, Messermaschinen, Gasmächinen, Schaumhahnmächinen, Kaffeebreit-mächinen für Spiritusbeizung.

**Kunze's Pat. Schnellbrater. Kochtopf „Kann Alles.“ Papinische Bouillon-Töpfe.**

Preislisten über Haus- und Kücheneinrichtungen unbedeutend und portofrei.

**Nickel-Kaffee- und Theeservice** von 10 Mark an.

**OTTO HERZ & CO.**

Frankfurt a. Main

anerkannt bestes Fabrikat

benimmt durch SOLIDITÄT

Einzig und allein in Deutschland

Haupt-Niederlage: **C. Buchalla, Gr. Steinstrasse 11, altrenom. Bezugsquelle.**

**Polko's Anden-Kaffee**

ist einer der kräftigsten und am meisten aromatischen importirten Kaffeesorten.

Niederl. in Halle bei Herrn **Rudolf Siebarth, 3 Neue Promenade.**

**Gutes Roggenstroh** wird wagonweise zu kaufen gesucht. Offerten unter „Roggenstroh“ an **Rudolf Mosse, Bern, erbeten.**

Vom 1. October an halte ich meine Sprechstunden an **Wochentagen** Vormittags 8—10 Uhr, Nachmittags 3—4 Uhr, am **Sonntag** nur Vormittags 9—11 Uhr.

**Dr. med. Flemming,**  
Robert Franzstrasse 1 c.

**Herm. Detting**

Halle, Telephon 912.

Anfertigung **feiner Herren-Garderobe nach Maass;** Garantie für taadelosen Sitz und elegante Ausstattung. **Master-Collection auf Wunsch.**

**Paul Danneberg**

Decorateur, Blücherstr. 116, Telephon Nr. 709

Atelier für vornehme **Wohnungs-Einrichtungen,** Reichhaltiges Lager von: **Polstermöbel-Garnituren, Bettstellen** in allen Holzarten mit **Matratzen, Möbel- u. Decorationsstoffe** etc.

**Kautschuk Stempel** gut u. billig hergestellt.

**Alfred Pfautsch** Stempelfabrik Nicolaistrasse 6

**Hercules Leiter!**

Man prüfe! Die beste, solideste u. billigste Holzleiter

**Gustav Rensch,** 9/10 Poststraße 9/10.

**Petroleum-Heizöfen** — Universal —

Geräthet rasch und geruchlos Gemischten Brennstoffen, Gasen, Petroleum, Kerosin, Paraffin u. m. d. l. G. geeignet. 40,000 Stück im Gebrauch. Preis per Stück 10 Mk. franco.

**A. L. Müller & Co.,** Gr. Steinstr. 14, Fernspr. 1043.

Die Expeditionen der Zeits- u. Zeitungs-Verlage befinden sich: **Gr. Steinstr. 14, Fernspr. 1043** Markt 24 (Wohngebäude).

Für den Anzeigenteil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

